

STELLUNGNAHME

zum Fachgespräch des Bundestags-Ausschusses für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technologiefolgenabschätzung zur Initiative Forschung und Anwendung mit Fokus auf Transfer, Ausgründungen und HAW

16. Dezember 2025

Hintergrund

Am 3. Dezember 2025 hat ein erstes Fachgespräch des Bundestags-Ausschusses für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung stattgefunden. In diesem sind nach Anhörung von Expertinnen und Experten Ideen für die Ausgestaltung der im Koalitionsvertrag avisierten Dachmarke „Initiative Forschung & Anwendung“ diskutiert worden. Die **hlb**-Bundesvereinigung legt folgende Einschätzung zum Diskussionsstand vor.

Schnell beginnen

Die **hlb**-Bundesvereinigung stimmt dem Petition der Expertinnen und Experten zu, dass mit dem Aufbau der Transferförderung jetzt schnell begonnen werden muss. Grundlage dafür sollte die von der Vorgängerregierung initiierte „Deutschen Agentur für Transfer und Innovation“ und deren erfolgreiche Pilotierung sein. Die aktuelle Bundesregierung verortet den „DATI-piloten“ in der zweiten Säule „Transferbooster“ der Dachmarke „Initiative Forschung & Anwendung. Die **hlb**-Bundesvereinigung plädiert dafür, insbesondere die Förderlinie „Innovationssprints“ nun zügig wieder aufzunehmen. Bei den Innovationssprints gab es rund 3.000 Anträge und damit eine extrem hohe Nachfrage, so dass das ursprünglich vorgesehene Fördervolumen verdreifacht und auf 300 Förderungen angehoben werden musste. Diese Art der explorativen, kurzfristigen und schnellen Förderung reagiert damit nachgewiesenermaßen genau auf den an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften tatsächlich bestehenden Förderbedarf.

Aufbau einer eigenen Förderagentur mit HAW-spezifischen Strukturen

Eine Mehrheit der befragten Expertinnen und Experten hat sich klar dafür ausgesprochen, für die angewandten Wissenschaften und den Transfer eine eigene Förderagentur zu etablieren, die sich einerseits von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und andererseits von der Agentur für Sprunginnovationen in Deutschland (SPRIN-D) abhebt. In den Blick genommen werden müssen Technologieentwicklungen mit Technology Readiness Level 4 bis 6 (vgl. Andrea Frank, Ausschussdrucksache 21(18)31b vom 27. November 2025, S. 1-2). Neben technologischen Innovationen sind auch ökologische und soziale Innovationen zu berücksichtigen, insbesondere vor dem Hintergrund der an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften stark etablierten SAGE-Fächern. Auch aus Sicht der **hlb**-Bundesvereinigung ist es wichtig, die spezifischen Stärken der Hochschulen für angewandte Wissenschaften jetzt in den Blick zu nehmen und über eine eigene Förderagentur weiterzuentwickeln. Diese Stärken sind am besten mit HAW-spezifischen, einfachen, schnellen und kurzfristigen Förderstrukturen zu adressieren. Weiterhin müssen innerhalb dieser Agentur spezifische Auswahlformate wie Ideensprints, Roadshows oder Challenges angewendet werden, um auch die außerhochschulischen Partner angemessen in die Auswahlprozesse einbinden zu können. Die Erfahrungen aus dem DATI-pilot sind eine belastbare Grundlage für die nächsten Schritte.

Das Potenzial der Hochschulen für angewandte Wissenschaften ist groß, wie auch die befragten

Vertreterinnen und Vertreter von den HAW hervorgehoben haben (vgl. Karim Khakzar, Ausschussdrucksache 21(18)31a vom 26. November 2025). Sehr deutlich geht dieses Potenzial auch aus den vom Stifterverband vorgelegten Zahlen hervor: Bei den Gründungen pro 100.000 Studierenden hängen die HAW mit 18,5 die Universitäten mit 10,3 deutlich ab (vgl. Andrea Frank, Ausschussdrucksache 21(18)31b vom 27. November 2025, Anlage).

Die **hlb**-Bundesvereinigung unterstützt ausdrücklich das Plädoyer von Prof. Dr. Andreas Zaby, dass es zu einer deutlichen Steigerung der Geschwindigkeit von der Antragseinreichung bis zur Auszahlung der Fördermittel kommen muss. Die SPRIN-D ist mit 14 Tagen hier beispielgebend. Gerade im Transfer, der durch Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschulen und Unternehmen geprägt ist, ist Geschwindigkeit oftmals ein zentraler Erfolgsfaktor.

Die Zahl der möglichen Anträge pro Hochschule darf aus Transparenz- und Wettbewerbsgründen nicht eingeschränkt werden. Eine derartige Einschränkung stellt auf der Ebene der Hochschulen ein Hemmnis für die Entwicklung von Ideen und neuen Ansätzen dar, da die Auswahl der Anträge zur Einreichung in der Regel nicht durch wissenschaftliche Begutachtungen untersetzt werden können. Die völlige Offenheit für ganz neue Ansätze und Ideen ist ein Vorzug der Innovationssprints aus dem DATIpiloten.

Die Konsortialführerschaft der HAW ausgestalten

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften waren im DATIpiloten zwar die größte Gruppe der Antragsteller; sie sind allerdings dann bei den Förderungen gegenüber anderen Akteuren in den Hintergrund gerückt. Es ist daher wichtig, an der Konsortialführerschaft der Hochschulen für angewandte Wissenschaften unbedingt festzuhalten, weil Innovation und Transfer über die Hochschulen für angewandte Wissenschaften entfaltet werden sollen. Dies ist auch im Koalitionsvertrag so festgehalten. Insbesondere hinsichtlich der Transparenz der Auswahlentscheidungen und der Repräsentation der Professorinnen und Professoren der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in den Entscheidungskommissionen gibt es daher deutlichen Entwicklungsbedarf. Für die weitere Konzeption dieser Fördersäule müssen Gremien befragt werden, die mit Professorinnen und Professoren der Hochschulen für angewandte Wissenschaften besetzt sind. In der bisherigen DATI-Gründungskommission war diese zentrale Expertengruppe unzureichend repräsentiert.

Strukturelle Defizite beheben

Die strukturellen Defizite an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind in der Ausschusssitzung von verschiedenen Seiten erneut klar benannt worden: Das Lehrdeputat der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften ist doppelt so hoch wie das an Universitäten und lässt daher selbst unter großen Anstrengungen kaum genügend Zeit für Forschung, Innovation und Transfer. Zusätzlich erschwerend wirkt, dass die Professorinnen und Professoren an HAW kaum Unterstützung durch einen wissenschaftlichen Mittelbau erhalten. Sie sind demzufolge in Förderverfahren benachteiligt und auch weniger erfolgreich (vgl. DFG Förderatlas 2024, S. 65). Daneben sind im Ausschuss auch die hohen bürokratischen Hürden angesprochen worden, die insbesondere die Forschungs- und Transferaktivitäten an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften lähmen. Diese strukturellen Defizite hat der ehemalige Vorsitzende der Expertenkommission Forschung und Innovation, Prof. Dr. Uwe Cantner, in einem Interview mit Table Media vom 8. Mai 2025 ebenfalls klar unterstrichen.

Die mit der Gründung der „Deutschen Anwendungsforschungsgemeinschaft“ in Verbindung gebrachten Förderprogramme, „Forschung an HAW“ und „FH-Personal“, sind beides Bund-Länder-Programme, so dass bei deren Fortführung künftig mit den Bundesländern zu verhandeln sein wird. Die Bundesregierung sollte daher in den förderpolitischen Verhandlungen mit den Ländern die Behebung der strukturellen Defizite bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften einfordern und durch entsprechende Vereinbarungen die finanzielle Anrechnung von strukturellen Verbesserungen ermöglichen. In einigen Bundesländern gibt es bereits Ansätze zur Reduktion der Lehrverpflichtung und zum Aufbau eines akademischen Mittelbaus an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Diese Wege müssen weiter gestärkt und mit den Ländern ausgebaut werden. Insbesondere ist an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften die Regel-lehrverpflichtung der Professorinnen und Professoren abzusenken und den erforderlichen Mittelbau aufzubauen, um das Potenzial für angewandte Forschung und Transfer freizusetzen. Bei den Verhandlungen mit den Ländern könnte daher eine sinnvolle Kompromisslinie sein, neben der finanziellen Beteiligung auch solche strukturellen Reformschritte als Beitrag der Länder zu akzeptieren.

Entschlackung und Fokussierung der Förderstrukturen

Die Vertreterin des Stifterverbands hat klar für eine Entschlackung der Förderstrukturen plädiert (vgl. Andrea Frank, Ausschussdrucksache 21(18)31b vom 27. November 2025). Nach wie vor gibt es viel zu viele Einzelförderungen, die Anwendung, Transfer und Innovation zum Gegenstand haben. Mit der Gründung einer Förderagentur für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften muss einer weiteren Fragmentierung und Verästelung der Förderangebote entgegenge-wirkt werden. Es ist wichtig, dass die Verwaltungsstrukturen möglichst schlank gehalten werden. Beim Programm „FH-Personal“ sind zu viele Mittel für Werbe- und Kommunikationsmaßnahmen oder Stellen im Verwaltungsbereich aufgewendet worden. Die **hlb**-Bundesvereinigung plädiert daher – im Einklang mit den befragten Expertinnen und Experten – für den Aufbau einer zentralen Fördereinrichtung, die schnell und agil fördern kann. Dies gilt auch für die neben kurzfristigen Förderformaten erforderlichen – und auch von den Expertinnen und Experten im Ausschuss ge-forderten – strukturbildenden Fördermaßnahmen. Statt kleiner Förderagenturen in den Regionen müssen vielmehr unabhängig von regionalen Konzepten und Innovationsökosystemen, deren Gestaltung zentrale Aufgabe der Hochschulen insgesamt ist, über die zentrale neue Förderagen-tur schnell und unkompliziert mit adaptierten Auswahlverfahren Mittel für neue Ideen, Lösungen und Ansätze bereitgestellt werden, die aus den angewandten Wissenschaften gemeinsam mit ih-ren Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern entwickelt werden. Den Aufbau zusätzli-cher Verwaltungsstrukturen in den Regionen lehnen wir ab, auch um die Agilität, Geschwindigkeit und Innovativkraft der neuen Förderagentur nicht zu beschneiden. Die Unterstützung regionaler Transfereinheiten durch Bundesmittel ist derzeit ausreichend. Ein weiterer Ausbau dieser Art der Strukturhilfe ist aus Sicht des **hlb** nicht ziel- und wettbewerbsfördernd.

Einbindung der Professorinnen und Professoren in die Dialoge mit den Stakeholdern

Für die weitere konzeptionelle Ausgestaltung der Fördermaßnahmen ist es entscheidend, über die die Stimme der professionalisierten Hochschulleitungen hinaus die Stimme der betroffenen, forschenden und praxisverbundenen Professorinnen und Professoren der Hochschulen für ange-wandte Wissenschaften einzubinden, insbesondere in die für das Frühjahr 2026 geplanten Dia-loge mit den Stakeholdern.

Ansprechpartner:

Dr. Thomas Brunotte

Geschäftsführer

hlb-Bundesvereinigung e. V.

E-Mail: hlb@hlb.de

www.hlb.de

Die **hlb**-Bundesvereinigung e. V. ist der Berufsverband der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Deutschland mit rund 8.500 Mitgliedern. Er ist der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet, politisch und konfessionell neutral. Der **hlb** vertritt die gemeinsamen Interessen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Seine Aufgaben sind insbesondere die Vertretung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Gesetzgebungsorganen des Bundes und der Europäischen Union (EU) sowie gegenüber anderen Institutionen des Bundes und der EU, die Förderung und Weiterentwicklung der anwendungsbezogenen, berufsqualifizierenden, wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung sowie der Fortentwicklung von Hochschulen, die Unterstützung der beruflichen Eingliederung der Absolventinnen und Absolventen dieser Hochschulen, die Zusammenarbeit mit geeigneten Organisationen oder Verbänden im In- und Ausland, die Unterstützung von Mitgliedsverbänden durch Dienstleistungen sowie Rechtsdienstleistungen durch Beratung, Beistand und Rechtsschutz für die Mitglieder der Mitgliedsverbände. Die **hlb**-Bundesvereinigung e. V. ist unter der Registernummer R000026 als Berufsverband im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung registriert und beachtet die Grundsätze integrierter Interessenvertretung nach § 5 LobbyRG.